Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

29 (4.2.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 29 | Donnerstag, den 4. Februar 1932 | 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

In Schanghai haben die Japaner am Mittwoch die Wusung-Forts beschossen und auch in der Gegend des Nordbahnhofs neue Kämpfe entfacht, angeblich die schwersten, die bisher stattgefunden haben.

*

Dem englisch-amerikanischen Vorgehen zur Beilegung des Krieges im Fernen Osten hat sich auch Deutschland durch eine Sonderaktion angeschlossen.

*

China erklärte sich mit den amerikanisch-englischen Vermittlungsvorschlägen einverstanden, während aus Japan teils Ablehnung, teils Zustimmung vorzuherrschen scheint.

*

Reichskanzler Brüning will voraussichtlich am Samstag nach Genf fahren, um an der Generaldebatte der Abrüstungskonferenz teilzunehmen.

*

In der Stadt Santiago auf Cuba hat ein Erdbeben mit nachfolgender Feuersbrunst schwere Verheerungen angerichtet. Es gab zahlreiche Tote und etwa 2000 Verletzte.

*

Nach Berliner Meldungen werden die vom Sahm-Ausschuß aufgelegten Listen für die Hindenburg-Kandidatur lebhaft gezeichnet.

*

Wie der Hindenburgausschuß mitteilt, wird die Einzeichnungsfrist für die Volkswahl Hindenburgs noch um etwa zehn Tage verlängert, um allen Bevölkerungskreisen Gelegenheit zu einer machtvollen Kundgebung für den Reichspräsidenten zu geben. 72 von 191 Zeitungen haben bisher das vorläufige Einzeichnungsergebnis des ersten Tages mitgeteilt. Danach beträgt die Zahl der Einzeichnungen 105 300.

*

Der russische Außenkommissar Litwinow und der ungarische Delegationsführer Apponyi statteten dem deutschen Vertreter zur Abrüstungskonferenz, Botschafter Nadolny am Mittwoch einen Besuch ab. Am Donnerstag soll eine Unterredung zwischen Tardieu und Nadolny stattfinden.

*

Präsident Hoover hat dem Schatzamtssekretär Mellon den Posten des Botschafters in London angeboten. Mellon hat sich Bedenkzeit erbeten.

Was geht vor?

Sammlungsarbeit für Hindenburg — Verhandlungen über Umbildung des Kabinetts Brüning — Gröner als Reichskanzler in Aussicht genommen

Ob man in der Lage ist, parallel zu dem Sahm-Ausschuß noch eine zweite Aktion für Hindenburg in die Wege zu leiten, die etwa von den großen bündischen Organisationen, wie dem Stahlhelm und dem Kyffhäuserbund, ausginge, hängt nicht zuletzt von dem Ausgang gewisser **innerpolitischer Besprechungen** ab, die seit Tagen hinter den Kulissen geführt werden. Diese Besprechungen sind bedeutungsvoll, denn sie betreffen **das Schicksal des Kabinetts Brüning,** so schreiben die „Leipziger Neuesten Nachrichten".

„Bereits in einem früheren Stadium der Vorbereitungen für die Wiederwahl Hindenburgs ist darauf hingewiesen worden, daß sowohl von den **Nationalsozialisten** wie auch von den **Deutschnationalen die Beseitigung des Kabinetts Brüning zur Voraussetzung für die Zustimmung der beiden Parteien zur Wiederwahl Hindenburgs gemacht werde.** Im Lager der Rechtsopposition hält man an diesem Standpunkte nach wie vor mit stärkster Konsequenz fest. Von nationalsozialistischer Seite ist das in aller Oeffentlichkeit dargelegt worden, während die Deutschnationalen sich stillschweigend verhalten. **Gerade mit den Deutschnationalen sind vor einigen Tagen Verhandlungsfäden angesponnen worden.** Ziel der Besprechungen ist die Erörterung der Frage, ob die Deutschnationalen bereit sein würden, nach dem Rücktritt des Kabinets Brüning und **der Neubildung einer Regierung unter der Führung Gröners ihre Zustimmung zur Hindenburg-Kandidatur zu geben.** Daß damit nicht ein einfacher Kanzlerwechsel in Betracht käme, sondern daß man auch in den Ministerien an personelle Veränderungen denkt, die den Deutschnationalen zu politischem Einfluß verhelfen würden, ist selbstverständlich. Auch der Name Hugenberg ist im Zusammenhang mit den auf Umbildung des Reichskabinetts gerichteten Plänen genannt worden. Nun verhalten sich **die Nationalsozialisten diesen Führern gegenüber schroff ablehnend. Zum mindesten denken sie nicht daran, ein Kabinett Gröner zu tolerieren.** Inwieweit der Grund dafür in der Tatsache zu erblicken ist, daß mit den Nationalsozialisten bisher keine Besprechungen stattgefunden haben, lassen wir dahingestellt.

Bei all diesen Erörterungen und Besprechungen, die über das Stadium einer unverbindlichen Fühlungnahme nicht hinausgediehen sind, ist jedoch die **Rückwirkung auf die Linke** nicht zu übersehen. Die bisherige Zusammensetzung des Sahmausschusses beweist bereits, daß die **Sozialdemokratie** und die **Freien Gewerkschaften** sich die Hände nicht gebunden haben. Auch das **Reichsbanner** hat sich dem Ausschuß des Berliner Oberbürgermeisters nicht angeschlossen. Wenn nun die Bestrebungen auf einen Kabinettswechsel zum Erfolg führen sollten, so muß unter den obwaltenden Umständen mit einer **sozialdemokratischen Sonderkandidatur** unter allen Umständen gerechnet werden, was voraussichtlich dazu führen würde, daß noch ein zweiter Wahlgang notwendig würde, und zwar mit allen den unerwünschten Nebenerscheinungen, die schon seinerzeit bei der ersten Präsidentenwahl zu verzeichnen waren.

Das wäre ja auch der erklärte Sinn einer nationalsozialistischen Sonderkandidatur, falls man sich im Münchener „Braunen Haus" wirklich dazu entschließen sollte: Verhinderung einer absoluten Mehrheit für Hindenburg im ersten Wahlgang, um so einen nochmaligen Wahlgang um die Reichspräsidentenschaft zu erzwingen. Daß Hitler bereit wäre, für seine Person gegen Hindenburg zu kandidieren, hält man in maßgebenden Berliner politischen Kreisen nicht recht wahrscheinlich, da es der bisherigen Vorsicht des nationalsozialistischen Parteiführers nicht entsprechen würde. Ganz abgesehen davon, wäre aber auch die **Frage der Staatsangehörigkeit Hitlers** aus formalen Gründen noch zu klären. Bisher galt Adolf Hitler als staatenlos, und es ist nicht bekannt geworden, daß er die deutsche Reichsangehörigkeit bezw. die Staatsangehörigkeit eines deutschen Staates erworben hätte. Ein rechtsstehendes Berliner Blatt wollte allerdings dieser Tage wissen, daß die Frage der Staatsangehörigkeit Hitlers seit Monaten bereits im positiven Sinne geklärt sei und sich das Dokument in sicherer Verwahrung im „Braunen Haus" in München befinde. Von Braunschweig aus wird aber diese Meldung als „verfrühter Aprilscherz" bezeichnet. Mag dem nun sein, wie es wolle, auf jeden Fall ist die Gefahr einer Stimmenzersplitterung durch Sonderaktionen der äußersten Rechten und der Linken nicht zu übersehen. Demgegenüber kommt alles darauf an, die **Front für Hindenburg in der Nation zu befestigen,** eine Front, die an sich vorhanden ist, die aber jetzt ihren eindeutigen und sichtbaren Ausdruck finden muß, sei es mit, sei es ohne oder sei es gegen den Sahm-Ausschuß."

Die Haltung der Nationalsozialisten

Am Dienstag fand **im Braunen Haus in München eine Gauführertagung der Nationalsozialisten statt.** Alle Vermutungen und Behauptungen jedoch, daß diese Tagung wegen der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl einberufen worden sei, und daß auch hier die Entscheidung über die Kandidatenfrage der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bei dieser Wahl fallen werde, sind jedoch grundfalsch. Für eine solche Entscheidung ist nach dem Aufbau der Parteiorganisation die Gauführertagung gar nicht zuständig, die auch nicht von Adolf Hitler, sondern von Gregor Strasser, dem Organisationsleiter der Partei, geleitet wird. Dieser beruft die Führer der 36 nationalsozialistischen deutschen Gaue etwa alle acht Wochen im Braunen Haus zusammen. Auf den Tagesordnungen dieser Tagungen stehen, wie auch jetzt, regelmäßig nur Organisationsfragen, Fragen des inneren Aufbaues der Partei, Finanzierung des Parteiapparates, kurz, interne Dinge der Partei.

Sollte der Reichspräsident sich tatsächlich entschließen, die **Kandidatur aus den Händen des Hindenburg-Ausschusses entgegenzunehmen,** so scheint nach unseren Informationen **Adolf Hitler** tatsächlich entschlossen zu sein, nach Erwerbung einer deutschen Staatsangehörigkeit selbst schon im ersten Wahlgang zu kandidieren, um durch dieses äußerste Mittel zunächst einmal einen zweiten Wahlgang notwendig zu machen und eine Entscheidung im ersten Gange zu durchkreuzen.

Die Reichspräsidentenwahl wird offensichtlich vom Braunen Haus zielbewußt zum **Angelpunkt für die Beseitigung des Kabinetts Brüning gemacht,** wobei man sich mit einem etwaigen formellen Rücktritt Brünings vor der Wahl nicht zufrieden geben wird. Auch die Möglichkeit, daß **Gröner an Brünings Stelle als Reichskanzler treten würde, wird im Braunen Haus völlig unbefriedigend abgelehnt.** Man verlangt, daß den Nationalsozialisten der Weg in die Reichsregierung endlich freigegeben werde, daß Hindenburg diese mit der Regierungsbildung beauftrage, nachdem sie ihn 1925 gewählt haben, als die Weimarer Parteien ihn aufs Gröbste bekämpften. Nur unter dieser Vorbedingung könne er wiederum ihr Kandidat sein.

*

Um die Reichspräsidentenwahl

Die Bescheinigung der Wahlvorschläge

Berlin, 3. Febr. Der Reichsminister des Innern hat sich telegraphisch an die **Landesregierungen** gewandt und diesen mitgeteilt, **daß mit Ausschreibung der Reichspräsidentenwahl in nächster Zeit bestimmt zu rechnen sei.** Wahlvorschläge bedürfen der Bescheinigung der Gemeindebehörden, daß die Unterzeichner stimmberechtigt sind. Diese Bescheinigungen auf den Unterschriftslisten können schon jetzt ausgestellt werden. Der Reichsinnenminister hat die Landesregierungen gebeten, die Gemeinden anzuweisen, Ersuchen um Ausstellung derartiger Bescheinigungen mit ziemlicher Beschleunigung zu entsprechen.

Bisher 3500 Eintragungen in Dresden für die Wiederwahl Hindenburgs

Dresden, 3. Febr. Auf Grund der Aufrufe des Sahm-Ausschusses haben sich am ersten Einzeichnungstage in Dresden rund 3500 Personen in die Listen für die Wiederwahl Hindenburgs eingetragen.

Hitler eingebürgert?

Berlin, 3. Febr. Die thüringische Staatsregierung hat der Reichsregierung die Aussagen von zwei Ministerialbeamten als Material übergeben, aus dem hervorzugehen scheint, daß Minister Frick während seiner Ministertätigkeit in Thüringen die Einbürgerung Hitlers durch Einweisung in eine Beamtenstellung vorgenommen, die Tatsache aber geheimgehalten hat. Der Reichskanzler hat dem Reichsminister des Innern das Material zur staatsrechtlichen Prüfung überwiesen.

*

Das Material über Hitlers angebliche Einbürgerung

T.U. **Berlin,** 3. Febr. Das von der thüringischen Staatsregierung der Reichsregierung übergebene Material besteht aus drei Niederschriften unter dem Datum vom 1. Februar. In der ersten Niederschrift teilt Ministerialrat Walther mit, wie die Angelegenheit ins Rollen gekommen ist, nämlich durch eine Anfrage einer Zeitung, die sich auf das von Stennes und von Kapitän Ehrhardt fortgeführte Montagsblatt bezog. Dieses Blatt hat behauptet, Hitler sei in einem deutschen Lande bereits eingebürgert worden. Die Urkunde darüber werde im „Braunen Haus" in München geheim verwahrt. Walther teilte die Anfrage dem Ministerialrat A. mit, der darauf sagte, daß er und Oberregierungsrat B. etwas darüber wüßten, daß sie aber Minister Frick zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet habe. Die zweite Niederschrift betrifft die Aufforderung an die Genannten zur Aussage, da nach Ansicht des Ministers Kästner ein von einem früheren Minister ausgesprochenes Schweigeverbot nicht auch gegenüber einem Amtsnachfolger dieses Ministers bestehe.

Die dritte Niederschrift enthält die Vernehmung des Oberregierungsrates B. und des Ministerialrates A. durch den Staatsminister Dr. Kästner. Die Aussagen sind nach der Niederschrift folgende:

Oberregierungsrat B.: Es hat mich schon stets bedrückt, daß ich von einem Vorgange Kenntnis hatte, den ich für politisch bedeutsam hielt, über den ich aber zur Dienstverschwiegenheit ausdrücklich verpflichtet worden war. Es ist wohl im Juli 1930 gewesen. Minister Dr. Frick ließ mich am Vormittag kommen und Anstellungsurkunden mitbringen. Den Grund hierfür wußte ich nicht. Ich erhielt den Auftrag, nach seinem Diktat aufzuschreiben und auf seine Anweisung wurde dem Dienstbogen „auf Anordnung" vorangesetzt, wobei Minister Dr. Frick noch erklärte, daß er für den Inhalt des Diktats die alleinige und volle Verantwortung übernehme. Er verpflichtete mich gleichzeitig zu strengstem Schweigen. Das Diktat bezog sich darauf, daß dem „Frontkämpfer des Weltkrieges, Adolf Hitler" die damals freie Stelle des Gendarmeriekommissars in Hildburghausen übertragen wurde. Ueber den Stellenantritt und die Dienstbezüge war Entscheidung vorbehalten geblieben. Das weitere Diktat bezog sich meiner Erinnerung nach darauf, daß Adolf Hitler auf Dienstantritt und Besoldung verzichtete. Es war dies der Entwurf eines Schreibens, das offenbar Adolf Hitler zur Unterschrift vorgelegt werden sollte. Ich habe die Entwürfe, soweit ich mich entsinnen kann, nicht mitgezeichnet. Ich habe pflichtgemäß meine Bedenken dadurch zum Ausdruck gebracht, daß ich sagte, das thüringische Staatsministerium müsse zur Mitzeichnung zugezogen werden und wohl auch gesagt, daß das Staatsministerium mit der Angelegenheit befaßt werden müßte. Minister Dr. Frick erklärte, daß er den — damals beurlaubten — Finanzminister vertrete und selbst verantwortlich zu bestimmen habe, wie er die Angelegenheit betreibe. Er verpflichtete mich hierauf nochmals ausdrücklich zur Dienstverschwiegenheit gegen jedermann. Ich habe mich an diese Verpflichtung bisher stets gebunden gehalten. Ich habe nur später von meinem Abteilungsleiter, Ministerialrat A., erfahren, daß ihn Minister Dr. Frick in die Vorgänge eingeweiht habe.

Minister Dr. Frick verwahrte die Schreiben — Entwurf und Reinschrift — selbständig. Welche Verwendung sie fanden, darüber weiß ich nichts. Der Minister hatte es auf Befragen abgelehnt, sie zu den Dienstakten zu geben oder die Anstellung Hitlers in den Bekanntmachungen, wie üblich, zu veröffentlichen.

Ministerialrat A. bestätigt im wesentlichen diese Angaben. Kurz bevor er auf Urlaub gehen wollte, sagte ihm Minister Dr. Frick, er wolle ihm jetzt Kenntnis von seiner Sache geben, die seine Abteilung beträfe. Er verpflichtete ihn aber ausdrücklich zu strengster Amtsverschwiegenheit gegen jedermann und gab ihm dann das Formular der Anstellungsurkunde zu lesen. Er, Ministerialrat A., habe sofort dem Minister gesagt, das ginge doch nicht, die Stelle sei zwar frei, aber nach den geltenden Bestimmungen müsse doch der Finanzminister mitwirken. Dr. Frick entgegnete etwas scharf, er vertrete den Finanzminister und andere in doppelter Eigenschaft: als Innenminister und als Finanzminister. Frick habe weiter gesagt, die Stelle würde gleich wieder frei, da Hitler sofort um seine Entlassung aus dem Staatsdienst nachsuchen werde. Die Stelle könne aber mit dem einige Wochen vorher von Ministerialrat A. vorgeschlagenen Gendarmerieoberwachtmeister Z. dann besetzt werden. Er, Ministerialrat A., habe Frick gegenüber Zweifel zum Ausdruck gebracht, ob die ihm vorgelegte Ur-

kunde als eine gültige Anstellungsurkunde eines Beamten anzusehen sei. Uebrigens kam ich, so fährt er fort, bei meinen Ueberlegungen zusammen mit Oberregierungsrat B. zu der Ansicht, daß eine Anstellung Hitlers als Beamter trotz etwaiger Aushändigung der Anstellungsurkunde wohl gar nicht erfolgt sei; denn Hitler sollte weder ein Amt übertragen werden, noch sollte er in die mit dem Amte verbundenen Rechte und Pflichten eintreten. Hitler hat überhaupt keine dienstlichen Beziehungen mit dem Lande Thüringen aufgenommen. In dieser Richtung liegt auch die Tatsache, daß die ganzen Vorgänge überhaupt nicht in den Geschäftsgang gekommen sind.

Die Vernommenen baten im Anschluß an ihre Vernehmung um eine Unterrichtung des früheren Ministers Dr. Frick, worauf sich Staatsminister Dr. Kästner die Entscheidung darüber vorbehielt.

Um Hitlers Staatszugehörigkeit. — Seine Aussage vor dem Reichsgericht.

T.U. **Berlin,** 3. Febr. An zuständiger Berliner Stelle enthält man sich jedes Urteils und jeder Meinungsäußerung über das die angebliche Einbürgerung Hitlers betreffende, von der thüringischen Staatsregierung der Reichsregierung überreichte Material. Man hat sich mit der Veröffentlichung der Niederschriften selbst begnügt und bemerkt auf Anfrage lediglich, daß das Material für sich spreche. Der Reichsinnenminister wird nunmehr das Material staatsrechtlich zu prüfen haben und das Ergebnis der Prüfung dürfte voraussichtlich in einem Gutachten niedergelegt werden. Die staatsrechtliche Nachprüfung der Angelegenheit ist insofern schwierig, als es sich um sehr verwickelte beamtenrechtliche Fragen handelt. Vor allem fehlt zunächst überhaupt einmal das Dokument selbst, da außer den Niederschriften über die Aussagen der beiden thüringischen Beamten keine Akten vorliegen. Weiter wäre wohl eine Zeugenaussage darüber notwendig, ob Adolf Hitler die fragliche Beamtenstelle angetreten und wieder um seine Entlassung aus dem Staatsdienst nachgesucht habe.

T.U. **Leipzig,** 3. Febr. Zu der Frage, ob Adolf Hitler Staatsangehöriger eines deutschen Landes ist oder nicht, kann auf folgendes hingewiesen werden: Im Verlauf des bekannten Scheringer-Prozesses, also etwa drei Monate nach der angeblichen Einbürgerung in Thüringen, hat Adolf Hitler als Zeuge unter Eid erklärt, er sei staatenlos. Auf die ausdrückliche Frage unter dem Hinweis auf seinen Geburtsort, ob er nicht Oesterreicher sei, hat er nochmal erklärt: „Nein, ich bin staatenlos."

Ein Dementi des „Braunen Hauses". — Hitler hatte die Einbürgerung abgelehnt.

T.U. **München,** 3. Febr. Zu der Meldung über den angeblichen Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Adolf Hitler als thüringischer Beamter teilt die Pressestelle der Reichsleitung der N.S.D.A.P. mit, daß Dr. Frick allerdings die Absicht gehabt habe, Adolf Hitler, der vier Jahre lang in der deutschen Armee für sein Volk gekämpft hat, durch Erwerb der Beamteneigenschaft in Thüringen auch formell die deutsche Staatsangehörigkeit zu verschaffen. Als Adolf Hitler jedoch von diesem Versuch, der seinerzeit ohne sein Wissen erfolgt war, erfuhr, bat er Dr. Frick, von seinen Bemühungen Abstand zu nehmen, da er nicht auf diesem Wege die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben wünschte. Demgemäß hat auch Minister Dr. Frick damals die eingeleiteten Schritte in Thüringen unverzüglich abgebrochen.

Der Lyriker Alfred Mombert 60 Jahre alt.

Dr. Alfred Mombert, der berühmte symbolistische Lyriker, Mitglied der deutschen Dichterakademie, feiert am 6. Februar seinen 60. Geburtstag. Seine Werke zeichnen sich durch ihre bildereiche Sprache aus und haben vielfach mystisch-theosophische Visionen zum Gegenstand.

Nichts Neues aus Genf

Fühlungnahme der Abrüstungsdelegierten

Genf, 3. Febr. Botschafter **Nadolny** hatte eine Unterredung mit dem italienischen Außenminister **Grandi** und mit dem russischen Volkskommissar **Litwinow.** Da die allgemeine Tendenz der Generaldiskussion abgewartet werden muß, werden vorläufig in all diesen Besprechungen keine konkreten Pläne erörtert.

Die Arbeiten des Völkerbundsrates

Genf, 3. Febr. Der Völkerbundsrat wird am Freitag noch einmal zusammentreten, um über das wahrscheinlich morgen zur Veröffentlichung gelangende **Gutachten des Haager Gerichtshofes über die rechtliche Stellung der polnischen Staatsangehörigen im Gebiet der Freien Stadt Danzig** und über den Bericht des Liberia-Komitees zu beschließen. Der Rat wird weiter von dem Bericht des Schanghaier Konsularkorps über die dortigen Zwischenfälle Kenntnis nehmen. Die Tatsache, daß Japan die Intervention der Mächte begrüßt hat, dürfte damit zusammenhängen, daß, wie verlautet, im Völkerbund Erwägungen darüber schweben, das agressive Vorgehen **Japans mit der Drohung seines Ausschlusses aus dem Völkerbund** zu beantworten.

*

Der Geschäftsordnungsentwurf für die Abrüstungskonferenz

Genf, 3. Febr. Der Geschäftsordnungsausschuß der Abrüstungskonferenz hat bereits heute die gesamte Geschäftsordnung durchberaten. Es sind **fünf Fachkommissionen** vorgesehen, in denen jeder Staat durch einen Delegierten vertreten ist. Die Vollkonferenz wird über Zeitpunkt des Zusammentritts und näheren Aufgabenkreis der Kommissionen selbständig Beschluß fassen. Im übrigen entspricht die Geschäftsordnung den parlamentarischen Gepflogenheiten und den internationalen Traditionen. Auf Antrag des russischen Vertreters wurde bestimmt, daß jede Delegation zu einem von ihr gestellten Antrag eine Stellungnahme der Konferenz bezw. der Kommission verlangen kann.

*

Berlin, 3. Febr. Der Reichskanzler wird, wie die „Vossische Zeitung" wissen will, nach den bisherigen Dispositionen voraussichtlich am Samstag nach Genf reisen, um an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Eine Verschiebung des Termins würde dem Blatt zufolge nicht dadurch bedingt werden, daß der englische Premierminister Macdonald vorläufig verhindert ist, nach Genf zu reisen, weil er sich in ärztliche Behandlung begeben muß.

Wovon man spricht

Kommunistische Zersetzungsversuche bei der Reichswehr

Berlin, 3. Febr. Der Polizeipräsident teilt mit: Am 20. Januar wurden in Berlin-Falkensee eine Anzahl von Personen festgenommen, die in dem dringenden Verdacht standen, die Zersetzung der Reichswehr in Elsgrund im Auftrage der KPD. zu betreiben. Bei den Durchsuchungen wurde umfangreiches kommunistisches Zersetzungsmaterial, bei einem der Beschuldigten wurden außerdem drei Pistolen, Munition, ein MG.-Schloß, Handgranatenkopie und Zünder gefunden. Die Festnahme eines der Täter gelang gerade in dem Augenblick, als er in einem Cafe in Berlin mit einem Reichswehrangehörigen saß und versuchte, von diesem über militärische Dinge etwas zu erfahren.

Strafanträge im Essener Kommunistenprozeß

Essen, 3. Febr. Im Mordprozeß gegen die 12 Kommunisten, die eine geheime Gruppe zum Zwecke der Erschießung politischer Gegner gebildet haben und von denen fünf in der Nacht vom 13. zum 14. März vorigen Jahres auf eine 15 Mann starke nationalsozialistische Gruppe, die sich auf dem Heimwege nach Essen-Kray befand, einen Feuerüberfall mit Pistolen verübt haben, **beantragte der Staatsanwalt gegen die vier Hauptangeklagten Zingel, Wolff, Versek und Schuler die Todesstrafe,** da sie sich des überlegten und vorsätzlichen Mordes schuldig gemacht hätten. Gegen die übrigen Angeklagten wurden Zuchthaus bezw. Gefängnisstrafen von 4 Jahren bis 5 Jahren und gegen einen Freisprechung beantragt.

Schweres Bobunglück in Lake Placid

Lake Placid, 2. Febr. Beim Training auf der Olympia-Bobbahn verunglückte der von dem Berliner Grau gesteuerte **zweite deutsche Bob** in der Skady-Corner-Kurve, die vollkommen vereist war. Der mit der rasenden Geschwindigkeit von über 100 Stundenkilometer herabsausende Schlitten schoß die steile Kurve hinauf, durchbrach den dicken Eisschutzwall und zerschellte im dichten Unterholz des Abhangs. Fritz Grau, Helmut Hupmann und der Bremser Albert Brehme sind schwerer verletzt. Rudolf Krapki ist glimpflicher davongekommen.

Schweres Erdbeben auf Kuba

500 Häuser in Santiago de Kuba zerstört

Neuyork, 3. Febr. Wie Associated Preß aus Havanna meldet, ist die Stadt Santiago durch ein Erdbeben teilweise zerstört worden. Von einer vor Santiago liegenden Yacht aus wurden heute früh 1.30 Uhr **schwere Erdstöße** und das **Einstürzen von Gebäuden** wahrgenommen. Es ist **der dritte Teil Santiagos zerstört worden. Die Zahl der Toten wird auf 1500 geschätzt,** was sich bisher nicht bestätigt hat.

Neuyork, 3. Febr. Wie Associated Preß aus Havanna meldet, sind bei dem Erdbeben in Santiago de Kuba **500 Häuser zerstört worden.**

Schreckensszenen in Santiago de Kuba

Wie aus Santiago de Kuba gemeldet wird, sind **große Teile der Stadt in völliges Dunkel gehüllt. Unter der Bevölkerung herrscht Panik.** Aus den Trümmern der eingestürzten Häuser, die die Straßen bedecken, tönt Schreien und Klagen. Im unteren Stockwerk eines großen Gebäudes fand man die Leichen von 14 Personen, die beim Einsturz des Hauses erschlagen wurden.

Das Feuer, das die Stadt nach dem Erdbeben heimsuchte, brach an verschiedenen Stellen der Stadt zugleich aus. Da Wassermangel herrschte, griff es unbehindert mit großer Schnelligkeit um sich. Eine große Anzahl Gefangener, die in ihren Zellen eingeschlossen waren und die man nicht befreien konnte, fanden den Tod oder wurden erheblich verletzt. **Man schätzt jetzt die Zahl der Todesopfer auf 500, die der Verletzten auf 1000.**

Das Erdbeben auf Kuba

Neuyork, 3. Febr. Wie Associated Preß aus Santiago de Kuba meldet, hat sich dort **ein fünfter Erdstoß ereignet. Viele Kinder seien getötet worden. Die Zahl der Verletzten betrage ungefähr 2000. Das Dach der Frauenabteilung des Städtischen Krankenhauses ist eingestürzt; viele Frauen und Kinder fanden dabei den Tod.**

Geringere Verluste des Erdbebens auf Kuba

Neuyork, 3. Febr. Nach Privatmeldungen aus Santiago de Cuba dürfte das Erdbeben **bei weitem nicht so hohe Verluste an Menschenleben zur Folge gehabt haben, wie die bisherigen Meldungen vermuten ließen.** In diesen Privatmeldungen wird die Zahl der Toten schätzungsweise mit 10, die der Verletzten mit etwa 70 angegeben. Eine der Associated Preß übermittelte Meldung des Bürgermeisters von Santiago berichtet, daß 8 Personen getötet und 300 verletzt worden seien.

Bürgersteuer bei Kurzarbeitern

Berlin, 3. Febr. Personen, **die 1930 einkommensteuerfrei waren,** haben nach der bestehenden Rechtslage **nur die halbe Bürgersteuer** zu entrichten. Diese Vorschrift wirkt sich für die große Zahl der Kurzarbeiter, die im Jahre 1930 noch einen die Lohnsteuerfreigrenze übersteigenden Lohn gehabt hatten und von denen daher jetzt in der Steuerkarte die volle Bürgersteuer angefordert werden mußte, besonders hart aus. Der Reichsminister der Finanzen hat daher dem Reichsrat den **Entwurf einer Verordnung vorgelegt.** Hiernach hat der Arbeitgeber bei solchen Arbeitnehmern, für die wegen Nichtüberschreitens der Lohnsteuerfreigrenze am Fälligkeitstage der Bürgersteuer Lohnsteuer nicht einzubehalten ist, statt der vollen, **nur die Hälfte der in der Steuerkarte angeforderten Bürgersteuerrate einzubehalten.** Dies gilt natürlich nicht für diejenigen Fälle, in denen bereits wegen Einkommensteuerfreiheit im Jahre 1930 auf der Steuerkarte nur der halbe Bürgersteuerbetrag angefordert worden ist. Die vorgesehene Erleichterung soll, wenn der Reichsrat zustimmt, bereits für die Bürgersteuerrate gelten, die am 10. Februar 1932 fällig wird.

Amerika verlängert Reichsbankkredit

T.U. **Berlin,** 4. Febr. Die Federal Reservebank von New-York hat nach einer Meldung Berliner Blätter aus New-York, am Mittwoch die Verlängerung des 25 Millionen Dollar-Anteils an dem 100 Millionen Rediskontkredit für die Reichsbank bekannt gegeben. Die Verlängerung dürfte für 30 Tage erfolgt sein.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[22

Rheinsbergh sah es, und ein wildes Sehnen war in ihm.

Elme entgegnete:

„Wenn es mir gefällt, bleibe ich für immer. Frau von Keller hat nur ihre schmale Pension. Sie eröffnet ein Fremdenheim, und ich kann mich dort nützlich machen."

Er antwortete nicht. Er sah im Geiste reiche Menschen, Männer, die für kurze Zeit von den Freuden der Welt in einem stillen Winkel Erholung suchten, deren Blicke unverschämt auf Elmes süßer, reiner Schönheit ruhen würden. Es war ein Bild, wogegen sich sein heiligstes Empfinden wehrte. Doch er hatte kein Recht, ihr das Hingehen zu verbieten; er war machtlos.

„Was sagt Ihr Vormund dazu, gnädiges Fräulein?" fragte er schließlich, nur, um irgend etwas zu sagen.

„Frau Hauptmann von Keller bietet Gewähr genug, daß man bei ihr gut aufgehoben ist."

„Ich zweifelte nicht daran. Nun, so wollen wir wünschen, daß es Ihnen in Zukunft recht gut geht."

„Ich — danke Ihnen."

Dietrich von Rheinsbergh wandte sich an seine Tante.

„Kann ich dir am Sonnabend mit meinem Wagen dienen? Ich möchte dir nicht gern zumuten, zwischen Koffern in einer Droschke zum Bahnhof zu fahren, denn euer Gespann ist ja zu klein. Da bist du ja schon halb tot, ehe du den Zug auch nur besteigst."

„Ich danke dir, Dietrich. Ich hatte schon im stillen auf diese Liebenswürdigkeit gehofft."

Er lachte gutmütig.

„Siehst du, wie gut ich Gedanken lesen kann."

Sie erfaßte bittend seine Hand.

„Bleib in der Heimat, Dietrich."

Wie fortgewischt war das Lachen. Ein gequälter Ausdruck kam in sein Gesicht.

„Ich kann nicht. Vielleicht bin ich seßhaft, wenn ich sechzig Jahre bin."

„Dann versprich mir wenigstens, Dietrich, daß du nicht reisest, während wir fort sind."

„Das verspreche ich dir gern, Tante Adelheid. Der Herbst kommt schon noch heran."

Sie besprachen noch einige Kleinigkeiten, dann ging Rheinsbergh in den Kreis der Herren hinüber.

Frau von Ohringen meinte zu ihrem Manne:

„Ich weiß gar nicht, was dieses Mädel, diese kleine Dörring im Hause der Geheimrätin soll. Da muß etwas dahinter stecken. Nun, ich bekomme es schon noch heraus. Hast du übrigens bemerkt, daß der Rittmeister Meerheim die Hilma so komisch ansieht? Der müßte ja verrückt sein. Hat er denn keine Augen im Kopf? Hilma vorzuziehen, wenn unsere Hortense da ist? Nicht zu glauben, wie dumm die Männer doch manchmal sind! Er ist zwar lange nicht so reich wie Rheinsbergh, aber doch ein ganz annehmbarer Freier. Für die Hilma ist's jedenfalls ein unerhörtes Glück, wenn er sie nimmt. Ich gönne es ihr nicht und ihrer Mutter gleich gar nicht. Ich möchte am liebsten —"

Frau von Ohringen brach ab, denn soeben kam Frau von Bender zu ihr herüber. Vertraulich ließ sie sich neben ihr nieder.

„Was sagen Sie zur Fürstin? Das ganze Schloß voll Gäste. Meist Künstler aus Berlin. Herausfordernd ist das von einer Dame. Nun, ich hatte nie viel für sie übrig, und wie sie sich auf ihrem Basar vorige Woche benahm; wenn es nicht die Fürstin wäre, man müßte einfach —"

Die Damen steckten die Köpfe zusammen und flüsterten. Herr von Ohringen wollte sich entfernen, da hielt ihn ein energischer Puff seiner besseren Hälfte zurück.

Sie sagte soeben:

„Liebste Freundin, wenn wir nicht noch zusammen hielten, was wäre denn dann noch die ganze Geschichte wert, nicht wahr?"

Die beiden Damen saßen Arm in Arm da, und Exzellenz Ohringen wußte nicht, ob er wachte oder träumte. Aber als wohlerzogener Ehemann saß er steif aufgerichtet den beiden Damen gegenüber. Ganz Kavalier. Wehmütig dachte er an die Soldatenzeit zurück. Das war für ihn noch etwas gewesen, da hatte sein Wille gegolten. Seine Soldaten liebten ihn alle, er wußte es. Aber sie ahnten nicht, daß ihr Kommandeur in seinem Hause weniger zu sagen hatte als der jüngste Rekrut in der Kompagnie!

Gut, daß das niemand wußte. Es war denn auch so geblieben bis auf den heutigen Tag.

Seine Frau sagte soeben liebenswürdig:

„Ein sehr netter Mann, der Herr Rittmeister Meerheim. Und wenn mich nicht alles täuscht, dann darf man bald gratulieren."

Frau von Bender hörte die liebenswürdigen Worte, aber sie sah auch den nur mühsam verborgenen Neid in den Augen ihrer Freundin, und da lächelte sie schadenfroh. Aber sie war doch selbst viel zu glücklich über diese unverhoffte Wendung der Dinge, um ernstlich böse sein zu können.

So schlug sie denn ein anderes Plauderthema an, und sie hatte damit auch Glück, denn Frau von Löwenried, die hinzugekommen war, interessierte sich dafür, daß die Fürstin Sabofsky einen echten Rembrandt erworben habe. Der Preis, der genannt wurde, ließ alle Zuhörer schaudern.

„Sie kann es sich ja leisten", meinte schließlich Herr von Bender. „Ihr Vermögen grenzt ans Sagenhafte."

„Ja — und ihre Launen auch."

Frau von Ohringen sagte es scharf. Und damit war das letzte Wort in dieser Angelegenheit vorläufig gesprochen.

Rheinsbergh und Meerheim hatten sich mit den jungen Damen unterhalten. Und Meerheim kam immer mehr zu der Ueberzeugung, daß Hilma von Bender die passende Frau für ihn sei. Hilma selbst vermochte kaum an das Glück zu glauben, daß sie ihm gefallen, daß er sie zur Frau begehren könne

(Fortsetzung folgt.)